

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
153 · Ausgabe BL·BS · April 2015



GEMEINSAME TRÄGERSCHAFTEN BL UND BS:

Ein schwieriges Thema!

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT IST EIN KERNTHEMA FÜR BEIDE BASEL - UND DAS NICHT ERST SEIT DEN DISKUSSIONEN ÜBER DIE FUSIONSINITIATIVE. VOR ALLEM VON BASELBIETER SEITE WIRD IMMER WIEDER BETONT, WIE WICHTIG DIE PARTNERSCHAFT UND DAMIT DIE ZUSAMMENARBEIT SEI, ABER DASS ES DAZU KEINESWEGS EINER FUSION BEDÜRFE. WIE SIEHT ABER DIE REALITÄT AUS? REGULA MESCHBERGER, LANDRÄTIN BL, UND KERSTIN WENK, GROSSRÄTIN BS, BELEUCHTEN DAS THEMA AUS UNTERSCHIEDLICHEN PERSPEKTIVEN.

Uni Basel, UKBB, gemeinsame Stiftungsaufsicht beider Basel, Schweizerische Rheinhäfen: Die beiden Kantone Basel-Stadt und Baselland haben sich in den letzten Jahren für einige gemeinsame Trägerschaften zusammengeschlossen – oftmals nach Überwindung grosser politischer Widerstände. Auch Umwege gehörten dazu, wie zum Beispiel beim Kinderspital, das zuerst an zwei Standorten in beiden Kantonen geführt wurde, bevor es zum gemeinsamen Standort in Basel kam.

Die Zusammenarbeit der beiden Kantone ist bei genauer Betrachtung überall dort erfolgreich, wo gemeinsame Trägerschaften bestehen. Diese zwingen die beiden Regierungen dazu, gemeinsame Strategien für die Zukunft zu entwickeln. Um diese Zusammenarbeit zu erleichtern, muss auch die Rolle der beiden Kantonsparlamente in der Oberaufsicht über gemeinsame Institutionen geklärt werden – idealerweise in beiden Parlamenten gleichzeitig.

Vor der Abstimmung über die Prüfung einer Kantonsfusion wurden die Baselbieter Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht müde, die Wichtigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zu be-



Kerstin Wenk, Grossrätin BS
und NR-Kandidatin



Regula Meschberger,
Landrätin BL und designierte
Co-Präsidentin SP BL

tonen. Die Wirtschaftskammer lancierte sogar eine «Regio-Kooperationsinitiative». Nach der Abstimmung zeigt sich, dass dies alles leere Worthülsen waren. Auch Parlamentsvorstösse wie die Forderung nach Abschaffung der gemeinsamen Uniträgerschaft beweisen, dass es vielen bürgerlichen Politikerinnen und Politikern mit der Zusammenarbeit nicht ernst ist.

In der Stadt treten auch andere Aspekte in den Vordergrund: Geht es beispielsweise um eine gemeinsame Finanzierung der regionalen Projekte, hat sich der Kanton Baselland als notorisch unzuverlässig erwiesen. Mit den gemeinsamen Institutionen an sich hat das nichts zu tun. Die Ausgangsfrage ist eine andere, nämlich ob Basel das gemeinsam so verstandene Zentrum einer ganzen Region ist oder nicht. Fakt ist: Die Stadt Basel übernimmt seit Jahren in vielerlei Hinsicht diese Funktion – aus historischen und geographischen Gründen und unabhängig davon, ob das alle auch wahrhaben möchten. Es können nicht beide Kantone unabhängig voneinander die regionalen Zentrumsfunktionen wahrnehmen, Stadt und Land können das nur gemeinsam. Die Stadt kann nämlich

ihrerseits die Zentrumslasten der Region nicht alleine stemmen.

Mit dieser Erkenntnis der gegenseitigen Abhängigkeit müssen wir versuchen, regionale Projekte stets gemeinsam zu tragen. Finanziell, organisatorisch und politisch.

Eine Verbesserung könnte allein schon durch ein anderes Stimmverhalten der nationalen ParlamentarierInnen aus der Region erreicht werden: Hätte der Nationalrat jüngst der Änderung des nationalen Finanzausgleichs zugestimmt, wären Basel-Stadt und Baselland gleichermassen entlastet worden. Leider schafften es gewisse (bürgerliche) Parlamentarier unserer Region nicht, geschlossen abzustimmen – ein klassisches Eigentor. Nach solchen Rückschlägen beginnt manchmal die Diskussion von vorne, und an deren Ende steht dann wieder die Fusionsfrage, die nach dem deutlichen Abstimmungsergebnis letztes Jahr eigentlich vom Tisch ist.

Stabilität und Aufbruch

ADIL KOLLER UND REGULA MESCHBERGER SKIZZIEREN DIE HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN FÜR DAS NÄCHSTE JAHR.

Nach dem Wahlsonntag am 8. Februar bleibt ein zwiespältiger Eindruck: Einerseits konnten wir mit unseren beiden Regierungskandidaturen das bürgerliche Viererticket nicht knacken, andererseits hat aber erneut fast ein Viertel der Wählenden die SP in den Landrat gewählt. Die Präsenz auf der Strasse war unübersehbar hoch. Hier setzen wir an: Die SP will die Stabilität der Strukturen behalten und stärken – aber gleichzeitig den Aufbruch wagen: Mit der konsequenten Einbindung junger Köpfe und frischer Ideen, mit der Stärkung der Sektionen und mit einer pointierten, aber konstruktiven Oppositionspolitik. Diese Herausforderung gehen wir zusammen an.

«SP BL 2020»

Wir lernen aus dem Wahlsonntag und aus der Wahlanalyse. Sie wird an der kommenden GDV präsentiert. Ein Ausschuss der Geschäftsleitung wird rasch die grössten Herausforderungen skizzieren und Strategien für die nächsten Jahre entwickeln. Dazu gehören der Wahlkampf im Herbst, eine vorausschauende Personalpolitik und eine klare Vision für die Oppositionsarbeit. In der Ausgestaltung und Umsetzung dieser Punkte bauen wir auf die wertvollste Grundlage der SP Baselland: Die 1200 Mitglieder in 26 Sektionen, unsere aktive Basis. Durch den Austausch von

Erfahrungen werden die Sektionen gestärkt, mit vermehrten Bildungsanlässen und der Präsenz auf der Strasse etablieren wir die SP als Bewegung.

Wir sind die Alternative!

Fraktion und Partei müssen sich nun im Landrat und auf der Strasse noch stärker zu den wichtigen Themen positionieren. Die bürgerliche Mehrheit wird auch in den nächsten Jahren die Baselbieter Politik diktieren. Sie hat sich mit ihrer Steuersenkungspolitik an den Abgrund manövriert. Darauf wird ein radikaler Sparkurs folgen. Die Kündigung des Uni-Vertrags und der mögliche Ausstieg aus Harnos sind nur zwei der weiteren angedachten Punkte. Das ist bürgerliche Politik. Hier ist die SP gefordert: Die Fraktion arbeitet in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung und der Basis eine Oppositionsstrategie und Schwerpunkte aus. Denn die SP tickt anders als die Ewiggestrigen: So steht sie für den Ausbau der Partnerschaft mit Basel-Stadt, eine regionale Spitalplanung mit einer guten Versorgung für alle und einen ausgebauten Service Public mit einer fairen Steuerpolitik – wir werden uns gegen Sparpakete auf Kosten der Schwächeren entschieden wehren.

Weitere Wahlen stehen an

Die SP Baselland wird in Bern von einer profilierten Dreier-Delegation



Das designierte Co-Präsidium der SP BL: Adil Koller und Regula Meschberger

vertreten. Alle drei mit hervorragendem Leistungsausweis. Ihre Sitze wollen wir im Oktober verteidigen. Damit wir erfolgreich sind, müssen wir einerseits ein rot-grün-soziales Bündnis gegen rechts schmieden und auf der anderen Seite versuchen, mehr Menschen von der Politik der SP zu überzeugen.

Auch in den Gemeinden leisten SP-Mitglieder hervorragende Arbeit. Wichtig ist, dass wir das auch nach aussen tragen. Dafür müssen wir über unsere Politik sprechen. Es muss uns gelingen, die SP als Bewegung in der Bevölkerung zu verankern, die sich um die wahren Bedürfnisse der Menschen kümmert. Wir freuen uns auf diese Herausforderung. Für alle statt für wenige!



DANKE, PIA!

Am 17. März hat Pia Fankhauser bekannt gegeben, dass sie aus gesundheitlichen Gründen ihr Par-

teipräsidium weitergeben muss. Ein überraschender Entschluss, den wir aber akzeptieren mussten. An dieser Stelle möchten wir Pia ganz herzlich danken für ihr immenses Engagement während ihres Parteipräsidiums. Als sie im Oktober 2013 zur Präsidentin der SP Baselland gewählt wurde, hat sie in ihrer Antrittsrede die Idee einer Partei skizziert, an der möglichst viele teilhaben, sich einbringen können und damit Teil einer Bewegung werden, die etwas bewegt und verändert. Diese Idee hat Pia denn auch gelebt und die Partei belebt. Dabei hat sie – bisweilen zum Leidwesen der Medien, nicht aber der

Partei – nicht in erster Linie die grosse Bühne gesucht, sondern die Arbeit an der Basis, hinter den Kulissen, durch die Teilnahme an Veranstaltungen, Aktionen und in unzähligen Begegnungen. Die Aktivierung der bestehenden und die Schaffung von neuen Sachgruppen, die Belegung der Sektionen und die gute Zusammenarbeit mit den JUSO legen bedrertes Zeugnis davon ab, dass ihr das gelungen ist. Wir wünschen ihr an dieser Stelle gute Erholung und freuen uns, dass sie weiterhin im Landrat aktiv bleibt und für Bewegung sorgt.

Kathrin Schweizer, Fraktionspräsidentin, und Ruedi Brassel, Parteisekretär

KATHRIN SCHWEIZER IN DEN GEMEINDERAT!

Wer in Muttenz wohnt, wählt am 26. April Kathrin Schweizer in den Gemeinderat. Als Fraktionspräsidentin im Landrat bringt sie das nötige Rüstzeug mit. Wer nicht in Muttenz wohnt, mobilisiert die Muttenzer Bekannten. Damit der SP-Sitz bei der SP bleibt. Mehr auf: www.kathrin-schweizer.ch





ZUM JUBILÄUM DER SP BASEL-STADT DURFTEN STEFFI LUETHI UND MICHELA SEGGIANI LETZTES JAHR CARL MIVILLE INTERVIEWEN UND EIN STÜCK BASLER SP-GESCHICHTE VON EINEM ZEITZEUGEN HÖREN. DEM ZWEISTÜNDIGEN INTERVIEW HABEN WIR EINEN KURZEN AUSSCHNITT FÜR «LINKS» ENTNOMMEN.

CARL MIVILLE, WIE WAR ES DAMALS?

Michela/Steffi: Kannst du dich erinnern, wie du die SP als junger Mann wahrgenommen hast?

Carl: Ich habe sie als selbstverständlich wahrgenommen. Als ich sehr jung war, habe ich bereits die AZ [Basler Arbeiter-Zeitung] gelesen. Ich habe meinen Vater [Carl Miville sen.: 1920–1941 Grossrat BS, 1941–1950 Regierungsrat und 1943–1951 Nationalrat] über Politik sprechen gehört. Wir haben viele Leute in Beizen getroffen. Viele grosse Figuren der Basler SP habe ich in meiner Jugend kennengelernt, wie zum Beispiel Gustav Wenk [1914–1925 Grossrat, 1918 einer der Wortführer beim Landesstreik, 1925–1953 Regierungsrat und 1935–1956 Ständerat].

Zu dieser konfliktreichen Zeit musste man oft Stellung beziehen: der Bürgerkrieg in Österreich war mein erstes prägendes politisches Erlebnis. Der Republikanische Schutzbund in Österreich kämpfte gegen die Heimwehren des Faschisten Starhemberg. Das war 1934, da war ich 13 Jahre alt. Ich war sehr bewegt und aufgewühlt. Und kaum war das vorbei, ging 1936 in Spanien der Bürgerkrieg los. Das war meine selbstverständliche Welt, in der ich aufgewachsen bin.

Das heisst, du musstest dir nicht erst überlegen, ob du der SP beitreten willst?

Nie. Das war von Anfang an klar. Ich hatte in jener Zeit keine Zweifel an der Partei als solcher, sondern eine gewisse Sympathie für diesen linken Flügel, der innerhalb der Partei operiert hat. Wie perfid es ist, innerhalb einer Partei zu operieren, obwohl man eine andere Partei im Sinn hat, das habe ich damals nicht so registriert. [Als Nachfolge der in den 1920er Jahren von der SP abgespaltenen und 1940 verbotenen Kommunistischen Partei der Schweiz wurde die PdA 1944 in Basel gegründet].

Welches Thema war prägend für dich und/oder die SP?

Die AHV. Wir wollten damals keine Volkspension, sondern diese AHV, die Hans-Peter Tschudi [1944–1953 Grossrat, 1953–1959 Regierungsrat, 1956–1959 Ständerat und 1959–1973 Bundesrat. Tschudi gilt als der «Vater der AHV»] geschaffen hat. Das war eine sehr wichtige inhaltliche Auseinandersetzung.

Da gibt es aber noch mehr, das ich euch erzählen will: Ich bin anno 1946 als 25-jähriger Parteisekretär der Basler SP geworden – das hiess in dieser Zeit etwas. Damals hatten es die jungen Leute in der Politik nicht so einfach, auch nicht in einer Partei. Die politische Situation in Basel war sehr angespannt, denn die PdA war sehr stark in Basel und das linke Lager tief gespalten. 1947 waren Grossratswahlen. Wir hatten nur

ein Mandat mehr im Grossen Rat als die PdA. Ohne das eine Mandat des Wahlkreises Bettingen wären wir im Grossen Rat genau gleich stark vertreten gewesen.

Als junger Parteisekretär musste ich mich sehr stark für die Partei einsetzen, was bedeutete, mit Gusti Wenk und Martin Stohler diese Anti-SP-Welle abzuwehren, die uns von links entgegengebrandet ist. Das war für mich eine sehr wichtige Sache. Durchgestanden habe ich sie von 1946 bis 1948. Dass ich mich für unsere Partei gegen sie wehren musste in dieser schwierigen Situation, hat natürlich mein Bild von der PdA sehr geprägt.

Bis 1948 war die PdA sehr stark in Basel; sie hatten auch einen Regierungsrat, und zwar meinen Vater [Carl Miville sen. war seit 1941 SP-Regierungsrat und wechselte nach seinem Ausschluss 1944 zur PdA, wo er bis 1949 blieb. 1950 trat er nicht mehr für die Wahlen an].

Als dann 1948 die Sowjets auf perfideste Art die Tschechoslowakei unterjocht haben, hat damit der Niedergang der PdA angefangen, womit dieses Kapitel ein Ende fand.

Wir bedanken uns herzlich bei Carl Miville dafür, dass er sich die Zeit genommen hat und uns an seinen Erinnerungen hat teilhaben lassen. Das Interview wurde in Dialekt geführt.

Die politische Situation in Basel war sehr angespannt, denn die PdA war sehr stark und das linke Lager tief gespalten.

Der Bildungsrat ist zuständig!

Im Rahmen der Vernehmlassung zu den beiden kantonalen parlamentarischen Initiativen «Einführung Lehrplan 21» und «Verzicht auf die Einführung von Sammelfächern auf der Sekundarstufe I» unterstreicht die SP Baselland ihre Haltung, dass der Bildungsrat das zuständige Gremium zur Behandlung solcher Fragen ist. Dies wurde dem Bildungsrat in einer Volksabstimmung im Herbst 2010 bestätigt. Es gibt keinen Grund, diese Zuständigkeit nun zu untergraben, wie dies von einer Gruppe von Landrätinnen und Landräten der Vereinigung «Starke Schule Baselland» versucht wird.

Die parlamentarische Initiative «Einführung Lehrplan 21» will, dass der Landrat die Kompetenzen über den Lehrplan erhält. Sie wurde im Januar 2014 eingereicht – zu einem Zeitpunkt, als der definitive Lehrplan 21 noch gar nicht vorlag. Auch

die Regierung des Kantons Baselland lehnte damals den Lehrplan ab und erreichte dadurch entscheidende Verbesserungen. Der nun vorliegende, definitive Lehrplan 21 ist eine Mustervorlage, kein Gesetz. Er kann im Rahmen der Umsetzung in den Kantonen abgeändert und ergänzt werden. Im Kanton Baselland passiert dies über den Lehrplan Volksschule Baselland, der vom Bildungsrat im vergangenen November beschlossen wurde. Ein konstruktiver Weg ist damit beschritten.

Die Einführung von Sammelfächern wurde vom Bildungsrat im Rahmen der Verabschiedung der gemeinsamen Stundentafel mit dem Kanton Basel-Stadt im Sommer 2012 beschlossen. Im Mai 2014 wurde dann die parlamentarische Initiative «Verzicht auf die Einführung von Sammelfächern auf der Sekundarstufe I» eingereicht. Unseriös



Christoph Hänggi
Vizepräsident der SP Baselland, Mitglied der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission des Landrats

und unlauter ist es, einen Entscheid des Bildungsrats erst fast zwei Jahre danach anzufechten. Zudem ist das Bildungsgesetz schlicht der falsche Ort, um das Thema Sammelfächer zu regeln.

Eine Gutheissung dieser Vorstösse durch die Regierung oder den Landrat würde grosse Unsicherheit an den betroffenen Schulen und innerhalb der Lehrerschaft auslösen, es käme unweigerlich zu Volksabstimmungen. Beide Initiativen gefährden zudem den gemeinsamen Bildungsraum mit Basel-Stadt.

Die SP Baselland empfiehlt dem Landrat, die Initiativen abzulehnen – ohne Gesetzesänderungen sind auch keine Volksabstimmungen nötig. Eine Diskussion darf selbstverständlich trotzdem stattfinden, jedoch immer unter Beachtung der Zuständigkeit des Bildungsrats.

Sachgruppe Justiz und Sicherheit

Die Sachgruppe Justiz und Sicherheit der SP Basel-Stadt steht allen interessierten Personen, nicht nur Juristinnen und Juristen, offen. Sie befasst sich mit aktuellen Fragen der Gesetzgebung und rechtspolitischen Anliegen und erarbeitet Stellungnahmen zuhanden des Parteivorstandes und der Parteibasis. Sie ist auch Ansprechpartnerin für Grossrätinnen und Grossräte oder sonstige Parteimitglieder, die für einen politischen Vorstoss auf juristisches Fachwissen zurückgreifen wollen. Zu diesem Zweck stellt die

Christian Hoenen,
Präsident Sachgruppe Justiz
und Sicherheit

Sachgruppe ein Expertengremium zur Verfügung, das bei Anfragen jeweils kurzfristig juristischen Input bieten kann. Die Sachgruppe Justiz und Sicherheit bereitet ferner die Richterinnen- und Richterwahlen vor. Sie schreibt die entsprechenden neben- oder vollamtlichen Stellen jeweils im «LINKS» aus, lädt die interessierten Kandidatinnen und Kandidaten zu einer Vorstellung ein und unterbreitet dem Parteivorstand eine (unverbindliche) Empfehlung.

Über Dein Interesse würden wir uns freuen. Die nächste Sitzung der

Sachgruppe Justiz findet am 5. Mai um 20 Uhr statt. Alle Sitzungstermine kannst Du der Homepage der SP BS entnehmen oder bei der zuständigen Sekretärin Nicole Amacher (nicole.amacher@sp-bs.ch) erfragen. Bei ihr kannst Du Dich unverbindlich als Sachgruppenmitglied registrieren lassen.

Die beim Parteisekretariat als Sachgruppenmitglieder registrierten Personen erhalten per E-Mail eine persönliche Einladung zu allen Sitzungen ihrer Sachgruppe.

AGENDA SP BL

- Sa, 18. April, 13.30 Uhr **Geschäfts- und Wahldelegiertenversammlung**, Martinshof, Liestal
- Sa, 25. April **Delegiertenversammlung der SP Schweiz**, Bern
- So, 26. April **Gemeinderat-Ersatzwahl, Muttenz** mit Kathrin Schweizer als Kandidatin
- Fr, 1. Mai, **Tag der Arbeit**
1.-Mai-Feier in Sissach
13.30 Besammlung am Bahnhof,

- ab 14 Uhr offizieller Teil im Jakobshof
- Do, 21. Mai, 19 Uhr **Kassiertreffen**
- So, 14. Juni **Abstimmungssonntag**
- Mi, 24. Juni, 19.30 Uhr **Sessionsbericht** Birsfelden, Aula Kirchmatt

AGENDA SP BS

- Do, 29. April **Delegiertenversammlung**, Ackermannshof, St. Johanns-Vorstadt, 20 Uhr
- Fr, 1. Mai **Solidarität statt Ausgrenzung!** Demonstration ab Messeplatz, 10.30 Uhr. Anschliessend Kundgebung auf dem Marktplatz und Festbetrieb auf dem Barfüsserplatz
- Mo, 4. Mai **Partei Vorstand** Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

- Sa, 9. Mai **Bildungsreihe: Vielfalt: ein Ideal?** Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 10–16 Uhr
Anmeldung bis 1. Mai: sekretariat@sp-bs.ch

SAVE THE DATE!

- Sa, 27. Juni **Jubiläumsfest**